Hochwasserversicherungen bewilligten Reichslandescredite, sondern um die Förderung bestimmter und fest begrenzter, den Landesculturinteressen förderlicher Zwecke und Unternehmungen handeln. Daß dabei auch das Verkehrswesen in Frage steht, unterliegt keinem Zweifel.

Y. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) Der **Kaiser** verblieb gestern Abend im Arbeitszimmer und erledigte Regierungsgeschäfte. Zur Abendtafel waren die Gräfin von Flandern und die Prinzessin-Tochter Henriette nebst Gefolge geladen. — Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat sich eine Erkältung zugezogen und konnte in Folge dessen nicht in Vertretung des Kaisers zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Weimar abreisen. Der Kaiser beauftragte daher den Prinzen Friedrich von Hohenzollern, commandirenden General des 3. Armeecorps, mit seiner Vertretung in Weimar.

Y. **Berlin**, 29. November. (Telegramm.) **Der Bundesrath nahm die Umsturzvorlage an.**

Y. **Berlin**, 29. November. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" meldet: Das **Staatsministerium** ließ dem **Fürsten Bismarck** gestern folgendes Telegramm zugehen: **„Seinem hochverehrten langjährigen Präsidenten sendet den Ausdruck herzlichster Theilnahme am Hinscheiden seiner treuen, unvergeßlichen Lebensgefährtin das Staatsministerium."** — Der Fürst sprach dem Staatsministerium auf dem Drahtwege seinen verbindlichsten Dank aus.

Y. **Berlin**, 29. November. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" meldet amtlich die Ernennung des großherzoglich hessischen Oberlandesgerichtsraths Dr. **Gilmer** aus Darmstadt zum Reichsgerichtsrath.

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) In derselben Nummer, in der die **„Kreuzztg."** ihren Angriff auf die **Bonner Professoren** eröffnete, wußte sie zu melden, daß im Cultusministerium die Absicht bestehe, die Bonner Facultät durch einige positive Professuren zu ergänzen. Diese Nachricht ist, da sie mit großer Sicherheit auftrat, vielfach geglaubt worden und hat im Rheinland und unter den Studirenden in Bonn einen Sturm der Entrüstung entfesselt. „Aber diese Nachricht", so schreibt man der „Nat.-Ztg.", „entspricht nicht den Thatsachen. Wieder zeigt sich, wie leichtfertig die „Kreuzzeitung" Tendenznachrichten in die Welt setzt, wie billig ihr die Wahrheit ist. Ob dem Cultusminister wirklich Wünsche der Art ausgesprochen sind, wissen wir nicht; wir glauben es gerne. Aber aufs Bestimmteste können wir versichern, daß die Absicht, nach Bonn neue Professoren zu berufen, nicht besteht und nicht bestanden hat, daß der Versuch der „Krzztg.", den Minister zu einem Vorgehen gegen Prof. Harnack zu bewegen, völlig mißlungen, und daß auch der Wink, der Minister solle die pflichtvergessenen Professoren in Bonn an ihre Pflicht erinnern, ein Schlag ins Wasser gewesen ist. Wir freuen uns dessen. Wir haben es nicht anders erwartet. Dem neuen Ministerpräsidenten hat die Straßburger Universität soeben das ehrenwerthe Zeugniß ausgestellt, daß er von jeher der schärfste Gegner aller Unterdrückung freier Wissenschaft gewesen sei. Und ihr Cultusminister hat erst kürzlich erklärt: die Wissenschaft lasse sich nicht commandiren. Die Aera Hohenlohe hätte sich ja gar nicht unglücklicher einführen können, als durch eine Beugung unter das Joch der Kreuzzeitungspartei."

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) Der **Bundesrath** stimmte, der „Post" zufolge, dem vom Reichstage angenommenen Antrage zu, wonach den Officieren und Mannschaften, welche in den Jahren 1870 und 1871 infolge einer Verwundung der Anrechnung des zweiten Kriegsjahres verlustig gingen, der Pensionsausfall erstattet werde. Die betreffende Novelle zum Pensionsgesetz wird im Kriegsministerium ausgearbeitet und geht dem Reichstage im Laufe der Tagung zu.

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) Die „Post" erklärte die (im „Leipz. Tagebl." nicht erwähnte) Blättermeldungen, es sei beabsichtigt, die **kleinen Cavallerie-Garnisonen** mit nur einer oder zwei Schwadronen ganz aufzuheben, für unrichtig; eine solche Absicht bestehe bei der Militärverwaltung nicht.

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) Die Meldungen über eine geplante Veränderung in der **Verpflegung der Soldaten** sind unbegründet.

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) In der gestrigen gut besuchten Versammlung des **Nationalliberalen Vereins zu Berlin** gedachte der Vorsitzende Dr. Krause der verstorbenen Fürstin Bismarck, zu deren Andenken die Anwesenden sich von den Plätzen erhoben.

B. **Berlin**, 29. November. (Privattelegramm.) Die „Voss. Ztg." bezeichnet das Gerücht, wonach der Director der Colonialabtheilung, Dr. **Kayser**, im Reichsdienste für Elsaß-Lothringen Verwendung finden soll, als unzutreffend.

— Der Zank im socialdemokratischen Lager füllt heute wieder fünf Spalten des „Vorwärts". Erwähnt sei, daß Liebknecht erklärt:

„In den zwei Fragen der Landtagstaktik und der Agrartaktik stehe ich genau auf demselben Standpuncte wie Bebel."

Bebel wehrt sich gegen Vollmar's durchaus berechtigte Anklage, sein (Bebel's) Verhalten gegenüber der Partei und dem Parteitag sei gleichzustellen mit der Handlungsweise, die seiner Zeit die Unabhängigen sich hätten zu Schulden kommen lassen und wegen der sie aus der Partei ausgeschlossen wurden. Bebel wird sich nicht abhalten lassen:

„auch fernerhin, wenn ich es für gerechtfertigt halte, die „Kassandra zu spielen", in der Hoffnung, daß diese Rolle in der deutschen Socialdemokratie, trotz der Bellmar und Grillenberger, immer noch eine dankbarere ist als die bei den Trojanern, welche die Warnrufe der Seherin nicht achteten und ins Verderben rannten. Und ich werde diese verschmähte und verspottete „Kassandrarolle" auch weiter spielen auf die Nothwendigkeit hin — wie ich das schon neulich hier in Berlin erklärte — Ehren und Würden dran geben zu müssen, um als „Gemeiner" in Reih und Glied um so rückhaltloser dieses freiwillig gewählten Dienstes warten zu können."

— Wie die „Köln. Ztg." meldet, hat der Minister für Handel und Gewerbe der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller auf ihre Eingabe betreffs der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken mitgetheilt, daß der Bundesrath über die Abänderung der betreffenden Bestimmungen voraussichtlich in der allernächsten Zeit Beschluß fassen werde.

— Der Heimstätten-Gesetzentwurf soll in der Fassung, in welcher er von der Commission in der vorigen Tagung angenommen wurde, im Reichstag wieder eingebracht werden. Eine Anzahl von Mitgliedern verschiedener Parteien hat, wie hiesige Blätter mittheilen, ihre Unterschrift bereits gegeben.

— Der Generaladjutant Graf von Bedel, bis vor Kurzem deutscher Gesandter in Stockholm, ist mit seiner Gemahlin hier eingetroffen und hat hier eine Wohnung bezogen.

* **Varzin**, 29. November. (Telegramm.) Die Beisetzung der Fürstin Bismarck fand heute Nachmittag 2 Uhr statt. Dieselbe nahm einen überaus würdigen Verlauf. Außer der gesammten fürstlichen Familie und Professor Schweninger waren zur Beisetzung keine Gäste eingetroffen. Sonst wohnten nur die Beamten und das Forstpersonal des Fürsten, sowie die Bewohner Varzins der Feierlichkeit bei. Im Arbeitszimmer der verstorbenen Fürstin war der Katafalk aufgebaut. Daselbst fand auch die Trauerfeier statt. Die Leichenrede hielt Prediger Schumann aus Wussow. Der Sarg wurde sodann von 6 Förstern und 6 Inspectoren in das Gartenhaus getragen, wo er vorläufig aufgebahrt wurde. Der Fürst folgte dem Sarge am Arme der Gräfin Rantzau. Der Fürst, welcher bereits Vormittags allein einen Spaziergang im Parke gemacht hatte, schritt rüstig einher.

* **Hannover**, 28. November. Die gestern Abend erfolgte Wiederverhaftung des Reichstagsabgeordneten Leuß ist auf directe Anordnung des Oberlandesgerichts in Celle geschehen. Der Vertheidiger des Abgeordneten Leuß hatte bekanntlich die Haftentlassung seines Clienten gegen Stellung von 10 000 ℳ Caution beantragt, weil Fluchtverdacht nicht vorliegt. Auf diesen Antrag hin wurde Leuß entlassen. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft in Hannover Beschwerde ein, weil neben dem Fluchtverdacht Collusionsverdacht (Verdunkelungsverdacht) vorliege. Auf Grund dieser Beschwerde ist die abermalige Verhaftung erfolgt.

* **Weimar**, 29. November. (Telegramm.) Die Beisetzung des Erbgroßherzogs fand heute Vormittag statt. Der Leichenzug setzte sich um 11 Uhr in Bewegung. An der Spitze desselben marschirte das in Weimar garnisonirende Bataillon des Infanterie-Regiments „Großherzog von Sachsen", dessen Capelle „Jesus meine Zuversicht" spielte. Es folgte die Hofdienerschaft, die Hofchargen und die Geistlichkeit. Hinter dem achtspännigen Leichenwagen schritten der Erbgroßherzog Wilhelm Ernst zwischen dem König von Sachsen und dem Prinzen Friedrich von Hohenzollern. Dann folgten die anderen fürstlichen Leidtragenden, militairische Deputationen, das Staatsministerium, Hofchargen, zahlreiche hohe Officiere und Beamte. Vor dem Leichenwagen trug der General-Adjutant Graf Henckel von Donnersmarck auf einem Kissen den weimarischen Hausorden, zahlreiche Officiere die anderen Ordens-Insignien des Verstorbenen. In den trauergeschmückten Straßen, welche von einer zahllosen, in ernster Haltung verharrenden Menschenmenge gefüllt waren, bildeten die Kriegervereine des Landes und andere Vereine mit ihren Fahnen Spalier. Der Zug langte um 11½ Uhr an der Fürstengruft an, wo ein Gottesdienst abgehalten wurde. Darauf löste sich der Zug auf. Der Großherzog hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand an der Feier nicht theilgenommen.

* **Nürnberg**, 29. November. (Telegramm.) In einer bis nach Mitternacht dauernden Versammlung sprach Grillenberger gegen Bebel: Ueber Bebel's Rede habe man von Berlin aus Parteiblättern lange Berichte zugeschickt, um die Parteiblätter zu überrumpeln und in den Köpfen der Parteigenossen Beunruhigung und Rebellion gegen den Frankfurter Parteitag hervorzurufen. Bebel sei zur Kritik gewiß berechtigt, aber er habe sich zum Splitterrichter und zum Dictator aufgeworfen. Der schlimmste Particularismus sei der preußische und namentlich der Berliner. Wenn seitens des Parteivorstandes nicht positiv Bebel's finanzielle Vorwürfe getadelt würden, könnten die Bayern Ehren halber keinen Groschen Reichstagsdiäten mehr annehmen. Dann müsse die bayerische Unabhängigkeit Platz greifen, und Bayern selbst für Diäten sorgen, damit man nicht als Bettler behandelt werde. Grillenberger drohte schließlich mit Niederlegung seiner ämtlichen Mandate, wenn die bayerischen Parteigenossen nicht durch einen Protest gegen Bebel seine Ehre wiederherstellten.

* **Stuttgart**, 28. November. Von den Wahlnachrichten der letzten Woche ist weitaus die bedeutsamste die, welche aus Mergentheim kommt. Den dortigen Bezirk vertrat seit bald 30 Jahren der Ministerpräsident Frhr. v. Mittnacht, und wenn der ehemalige Stadtrichter von Stuttgart sich zur zweithöchsten Stelle im Staate emporgeschwungen hat, so verdankt er dies nicht zum Mindesten seinem Eintritt in den Halbmondsaal, wo er seine hervorragenden rednerischen und staatsmännischen Gaben in vollem Maße zur Geltung bringen konnte. Seitdem der Bezirk Mergentheim seinen früheren Oberamtsrichter zum ersten Male in die Kammer entsandt hatte, blieb er seinem Erkorenen treu, seit 1876 gehörte der Bezirk sogar zu denen, welche inmitten des tosenden Wahlkampfes eine friedliche Idylle bildeten. Es ist für die heutige Lage in Württemberg bezeichnender als alles Andere, daß der Minister seinen Entschluß angekündigt hat, nicht mehr als Bewerber um das Landtagsmandat auftreten zu wollen. Der „Köln. Ztg." wird hierzu geschrieben: „Er war bereit, es nochmals zu thun, falls man ihn wieder ohne Gegner lassen würde; aber das neue schwäbische Centrum, das ihn und den Cultusminister Dr. v. Sarwey wegen des Widerstandes gegen die Zulassung von Männerorden grimmig haßt, war entschlossen, in einem Bezirke, wo den 18 000 Evangelischen 11 000 Katholiken entgegenstehen, den Kampf gegen die „liberale" Regierung aufzunehmen, und in einen solchen Kampf nach einer solchen Vergangenheit einzutreten, war Freiherr v. Mittnacht zu stolz. Man darf nun darauf gespannt sein, welche Rückwirkung dieser offene Bruch zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Centrum auf den weiteren Gang der Dinge ausübt."

* **München**, 28. November. Wie seiner Zeit gemeldet, hatte die hiesige Polizeidirection zwei Gewerkschaften im Sinne des bayerischen Vereinsgesetzes für „politisch" erklärt. Nachdem beide socialdemokratische Vereinigungen gegen diese Verfügung unter Berufung auf §. 152 der Gewerbeordnung, welcher bestimmt:

„Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Gehilfen, Gesellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen .... werden aufgehoben" —

Beschwerde eingelegt hatten, ist letztere seitens der höheren Instanz mit folgender Begründung verworfen worden:

„§. 152 der D. R.-G.-O. hat nach den Ausführungen eines Urtheils des Reichsgerichts vom 10. November 1887 es absolut nicht mit irgend welchen Gegenständen allgemeiner politischer Natur, sondern ausschließlich mit den concreten Arbeitsverträgen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit den unmittelbar geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu thun. Sobald aber irgend eine gewerbliche Coalition das Gebiet des gewerblichen Lebens mit seinen concreten Interessen verläßt, sobald sie hinübergreift in das staatliche Gebiet, dort sie auf, gewerbliche Organisation zu sein, und wandelt sich in einen politischen Verein um, der als solcher den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts unterliegt. Nicht lediglich die allgemeine Tendenz und das letzte Ziel, sondern zugleich Form und Mittel der Vereinsbestrebungen entscheiden darüber, ob sie politischen Charakter an sich tragen. Daß Letzteres bei dem vormaligen örtlichen Sattlerverein (und bei dem Metallarbeiterverband) der Fall ist, hat die königliche Polizeidirection in ihrer Verfügung (mit der sie den Verein für politisch erklärte) in völlig zutreffender Weise zum Ausdruck gebracht."

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 28. November. Im Club der Linken, wo die Wahlreform discutirt wurde, sprachen sich fast sämmtliche Redner für die Schaffung einer einheitlichen fünften Curie industrieller Arbeiter und Mindestbesteuerter aus.

* **Wien**, 28. November. Der reichsdeutsche Verein „Niederwald" telegraphirte heute an den Fürsten Bismarck: Der Verein „Niederwald", innigen Antheil nehmend an dem schweren Verluste, der Euere Durchlaucht durch den Heimgang Ihrer edlen Lebensgefährtin, der Frau Fürstin, betroffen hat, bittet, die Versicherung seines tiefsten Mitgefühls entgegenzunehmen. Möge Gott Euerer Durchlaucht Stärke verleihen, diesen herben Schlag kraftvoll zu überwinden und in dem Gedenken an die theure Entschlafene Trost zu finden. Gott segne die verblichene Fürstin und behüte Euere Durchlaucht noch lange Jahre zum Ruhm und zur Ehre des deutschen Vaterlandes!

* **Debreczin**, 29. November. (Telegramm.) Eine Generalversammlung der Stadt Debreczin nahm einstimmig einen von sämmtlichen Stadtverordneten unterzeichneten Antrag an, gegenüber den hiesigen Vorgängen eine loyale Kundgebung für den Kaiser zu beschließen. Der Antrag wurde stehend angehört und der Beschluß mit minutenlangen begeisterten Eljen-Rufen aufgenommen.

Frankreich.

* **Paris**, 29. November. (Telegramm.) Bezüglich eines gestern in Marseille veröffentlichten Artikels, welcher falsche Angaben über die Rolle der ausländischen Militairattachés und Gesandtschaften in Frankreich enthielt, wird in einer halbamtlichen Note erklärt, die Regierung beabsichtige in keiner Weise, die Initiative in Betreff der Abschaffung der Militairattachés zu ergreifen.

* **Paris**, 29. November. (Telegramm.) Der „Gaulois" bemerkt gegenüber der Aeußerung, welche der „Figaro" gestern dem General Mercier in Bezug auf die Schuld des Hauptmanns Dreyfus in den Mund gelegt hatte, es sei unerhört, daß man sich so über einen Mann auslassen könne, der noch nicht einmal Gelegenheit gehabt habe, öffentlich sich zu vertheidigen. Mercier erklärt denn auch, er habe die ihm zugeschriebenen Worte nicht gesprochen; der „Figaro" hält aber seinen Bericht aufrecht. Ein anderes Blatt griff die fremden Militairattachés an, die es amtlich geduldete Spione nannte, und namentlich der schwedisch-norwegische Militairattaché wurde beschuldigt, für Rechnung Deutschlands spionirt zu haben. (!) Die Regierung läßt heute halbamtlich erklären, die Verdächtigung sei grundlos. (Voss. Z.)

* **Paris**, 29. November. (Telegramm.) Wie verlautet, erhob die hiesige deutsche Botschaft gegen die jüngsten Preßartikel, in welchen sie mit Spionagevorfällen in Verbindung gebracht wurde, sehr ernste Vorstellungen bei der französischen Regierung. Der Minister des Auswärtigen, Hanoteaux, sprach dem deutschen Botschafter Grafen Münster gelegentlich dessen Besuches sein Bedauern über die Artikel aus.

Belgien.

* **Brüssel**, 28. November. Anfang December wird sich der orleanistische Thronbewerber in Brüssel niederlassen und seine politischen Freunde empfangen. Obwohl dem belgischen Könige das Verweilen des ihm nahe verwandten Prinzen von Orleans in Brüssel sehr peinlich ist, kann dem Prätendenten der Aufenthalt in der belgischen Hauptstadt nicht versagt werden, so lange er nicht offen gegen die französische Republik wühlt. Sollte aber die französische Regierung sich bei Belgien über die zu erwartenden orleanistischen Zusammenkünfte beschweren, so wird damit der belgischen Regierung der willkommene Anlaß geboten, den Prinzen von Orleans zum Verlassen Belgiens aufzufordern zu können. — Das Ministerium lehnt die von den Socialisten verlangte Amnestie ab und fixirt darin bei der katholischen Rechten Zustimmung. Die Regierung fürchtet, daß die socialistischen Arbeiterkreise die Amnestie als „eine Capitulation der Autorität im Kampfe gegen die Unordnung" auslegen und daraus Muth für neue Volksbewegungen schöpfen. Dazu kommt, daß bei der letzten Bewegung mehr als 5000 Personen wegen Angriffen auf Arbeitsfreiheit und Eigenthum oder als Angehörige bewaffneter Banden ꝛc. verurtheilt worden sind und die Begnadigung Aller ungerechtfertigt erscheint. Obwohl die neue Militairvorlage der Regierung erst der Rechten zur vertraulichen Berathung vorgelegt werden soll, genügt schon das Bekanntwerden ihrer Grundzüge, um die klerikale Presse zum Kampfe gegen diese Vorlage aufzurufen. Die Vorlage will: Abschaffung der militairischen Stellvertretung, Verkürzung der Dienstzeit, Zulassung der Einjährig-Freiwilligen, Errichtung einer Reserve und Erhöhung des Effectivbestandes um 40 000 Mann. Die Annahme einer solchen Vorlage ist sehr zweifelhaft. Dagegen findet ein anderer Regierungsantrag eigener Art Anklang: das Referendum soll für die Gemeindeverwaltung eingeführt werden. Ueber jede Einführung einer neuen Steuer oder Erhöhung oder Abänderung einer bestehenden Steuer werden alle mindestens 20 Francs zahlenden Steuerzahler der Gemeinde befragt. Nur wenn zwei Drittel aller Stimmen sich dafür aussprechen, und die königliche Zustimmung erfolgt, kann der Gemeinderath eine neue Steuer einführen.

Italien.

* **Rom**, 25. November. Dem Telegrammdienst der Presse wendet der italienische Postminister Maggiorino Ferraris eine eifrige und dankenswerthe Fürsorge zu, die in anderen Culturstaaten zur Nachahmung dringend empfohlen werden mag. Einem Gesetzentwurf, betreffend Tarifermäßigung um 50 Procent für Zeitungsdepeschen, den er baldigst dem Parlament vorlegen wird, hat er eine Verfügung vorausgehen lassen, die durch Inhalt und Form mit Recht die wärmste Anerkennung seitens der journalistischen Kreise gefunden hat. Durch die Form, weil Excellenz Ferraris sich auch als Minister seiner eigenen Thätigkeit als Zeitungsschreiber erinnert und in seinem neuesten Rundschreiben an die Zeitungsdirectoren diese als „verehrte Collegen" begrüßt, und durch den Inhalt, weil er ihnen darin eine wichtige Verbesserung der telegraphischen Uebermittelung der Parlamentsberichte ankündigt. Dieselbe besteht in Folgendem: Der auszügliche Sitzungsbericht, der vom Kammerbureau laufend angefertigt und während der Sitzung in Bürstenabzügen den Zeitungen und der Pressetribüne mitgetheilt zu werden pflegt, soll von nun an den auswärtigen italienischen Blättern unmittelbar vom Kammerbureau aus telegraphirt werden, und zwar ununterbrochen während der Dauer der Sitzung. Die hierdurch bewirkte Beschleunigung und größere Zuverlässigkeit der Berichterstattung soll noch weiter dadurch erhöht werden, daß die Zeitungen in ihren eigenen Räumen einen Morse-Apparat aufstellen, sich mit dem Telegraphenamt verbinden und den aus der Kammer telegraphirten Bericht direct selbst ablesen können. Zur Einübung der Redacteure will der Postminister den Zeitungen für einige Wochen Lehrpersonal aus dem Telegraphendienst unentgeltlich zur Verfügung stellen. Für die sonstige Einrichtung werden die theilnehmenden Zeitungen natürlich entsprechende Gebühren zu zahlen haben. Außerdem studirt Ferraris die Frage, ob und wie den Zeitungen auch die Meldungen der halbamtlichen „Agenzia Stefani", sowie Privatdepeschen direct in die Redaction hinein telegraphirt werden können.

Portugal.

* **Lissabon**, 29. November. (Telegramm.) Die Tagung der Cortes ist geschlossen worden. Die Wiedereinberufung erfolgt zu einem gelegen erscheinenden Termine. — Der Ministerrath trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Asien.

* **London**, 29. November. (Telegramm.) Einer Meldung der „Times" aus **Chefoo** zufolge landeten Admiral Freemantle und mehr als 50 Officiere in Port Arthur. — In Shanghai herrscht große Aufregung über die von 120 der höchsten chinesischen Beamten in der Sache Li-Hung-Tschang unterzeichnete Denkschrift, in welcher Li-Hung-Tschang's Sohn, der frühere Gesandte in Tokio, ferner der Taotai Kung und der Taotai Wu des Hochverraths, begangen durch Verkauf von Staatsgeheimnissen an Japan, beschuldigt werden. (B. L.-A.)

* **London**, 29. November. (Telegramm.) Am 25. d. M. fand im **Motzien-Ling-Paß** ein heftiges Gefecht zwischen Japanern und einem Theile der Armee des Generals Sung statt. Die Chinesen hatten beabsichtigt, die rechte Flanke der Japaner zu umgehen, erlitten aber Verluste und zogen sich zurück. (Voss. Ztg.)

* **London**, 29. November. (Telegramm.) Das „Reuter'sche Bureau" meldet aus **Chefoo**: Hier verlautet, daß die japanische Regierung die Annahme einer Kriegsentschädigung von 40 Millionen Pfund Sterling ablehnte und eine solche von 50 Millionen nebst Vergütung aller Kriegskosten verlangt.

* **Yokohama**, 29. November. (Telegramm.) Meldung des „Reuter'schen Bureaus". Der Dampfer mit dem Zollcommissar Detring an Bord passirte Kobe auf der Rückreise nach Tientsin. Nachdem der Ministerpräsident Graf Ito die von Detring überbrachten Mittheilungen erhalten hatte, fanden in Hiroshima längere Conferenzen des Cabinets statt. Man nimmt an, daß die Mission Detring's erfolglos sein werde.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Odol

Das Beste für die Zähne

Carl Flatau,
Special-Geschäft
für feinere Havana-Cigarren.
Goethestrasse 6, am Neuen Theater
Filiale: Lortzingstrasse 1.

Weihnachts-Ausstellung von
Photographie-Alben, Schreibmappen.
Schreibalbums, Gesangbücher, Brieftäschen.
Visitenkartentaschen, Briefmarken-Albums
in feinster Ausstattung zu billigsten Preisen.
M. Apian-Bennewitz, Markt, Barthel's Hof, nur im Hofe querover.

Thüre zu! Pneumatischer, selbstthätiger
Geräuschloser Thürschliesser.
Neuestes System. Mehrjährige Garantie.
Heinr. Ernst Poerschmann, Nicolaistr. 4.

Crème Iris.
Alle, die es fortlaufend gebrauchen, werden bewundert wegen ihrer schönen, zarten, jugendfrischen Haut. **Crème Iris** ist und bleibt eben das beste für die Hautpflege. Man halte solche deshalb stets in der Familie vorräthig und wende es rechtzeitig an, dann wird man immer tadellos reinen Teint und wohlgepflegte Hände haben. Preis 1,50, für Monate zureichend. In allen besseren Geschäften erhältlich. In Leipzig ist Crème Iris vorräthig bei Osc. Prehn, Flora-Drogerie, Grimmaische Strasse 7; H. F. Rivinus, Drogerie; H. Kutschbach, Drogerie; Herm. Fuchs in Neuschönefeld; O. R. Nicolai in Reudnitz; L. O. Kaspar in Plagwitz.

Cigarren-Specialitäten:

Lindemann	à St. 5 ₰	La Marka	à St. 10 ₰
Esmeralda	à St. 6 ₰	Sport Prince	à St. 10 ₰
Non plus ultra	à St. 7 ₰	Diaz Bankes y Co.	à St. 12 ₰
Comercio u. Louisa	à St. 8 ₰	Sport Regalia	à St. 15 ₰

Vorstehende Specialitäten sind Primamarken von brillantem Aussehen, hochfeinem Aroma bei vollendeter Milde und Verträglichkeit im Brande, und ein Versuch wird jeden Raucher davon überzeugen.
Cigarren-Versand **Walther Weinert,** Leipzig, Burgstr. 24.

Synagoge.
Gottesdienst: Freitag Abend 4 Uhr 15 Min.,
Sonnabend früh 8 Uhr 30 Min.
Sonnabend Nachmitt. 2 Uhr 45 Min.
Jugendgottesdienst.

Neues Theater.
Freitag, den 30. November 1894.
Anfang 7 Uhr.
(326. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie, roth.)
Hänsel und Gretel.
Märchenspiel in 3 Bildern von Adelheid Wette.
Musik von Engelbert Humperdinck.
Regie: Ober-Regisseur Goldberg.
Direction: Capellmeister Panzner.
Personen:

Peter, Besenbinder	Herr Schelper.
Gertrud, sein Weib	Frl. Beuer.
Hänsel, deren Kinder	Frl. Osborne.
Gretel, deren Kinder	Frl. Krenic.
Die Knusperhexe	Fr. Krzyzanowska-Degut.
Sandmännchen	Frl. Lilling.
Thaumännchen	Frl. P. Dengel.
	Engel. Kinder.

Erstes Bild: Daheim. Zweites Bild: Im Walde.
Drittes Bild: Das Knusperhäuschen.
Texte à 50 ₰ an der Casse und bei den Logenschliessern.